



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Sitzungsnummer	51. Sitzung
Datum	Dienstag, den 01.03.2011
Sitzungsbeginn	17:00 Uhr
Sitzungsende	18:35 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

Anwesend waren:

vom Gremium:

Stadtverordneter Heyer,	CDU
Fraktionsvorsitzende Lefèvre,	FW
Stadtverordneter Schäfer,	SPD
Stadtverordnete Droß,	ohne
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher Kleber,	SPD
Stadtverordneter Wagner,	SPD
Stadtverordneter Hedderich,	CDU
Stadtverordneter Müller,	ohne
Fraktionsvorsitzender Michalek, (i.V.f. Stv. Borchers)	B90/Grüne
Stadtverordneter Meißner, (i.V.f. FrkV Dr. Büger)	FDP

vom Magistrat:

Oberbürgermeister Dette,	FDP
--------------------------	-----

von der Verwaltung:

Herr Peters, Rechtsamt
Herr Gürsch, Magistratsbüro
Frau Simon, Kämmerei
Herr Schieche, Magistratsbüro

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Nickel, als Schriftführer
Herr Lehne

AV H e y e r eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

T a g e s o r d n u n g:

TOP 1

Mitteilungen und Anfragen

TOP 2

2075/11

Haushaltssicherungskonzept 2011 der Stadt Wetzlar

I/735

TOP 3

2114/11

Förderung des Hospizes

I/739

TOP 4

1937/10

Sanierung Kalsmunt-Turm

I/741

TOP 5

2099/11

Satzung des Jugendamtes

I/734

TOP 6

2069/11

**Vergabe von Verkehrsleistungen durch
den RMV an die Hessische Landesbahn**

I/721

TOP 7

2082/11

**Informationssystem für den Linienverkehr
der Wetzlarer Verkehrsbetriebe**

I/729

TOP 8

2116/11

Baugebiet "Rückersbodenseit II" in Wetzlar-Steindorf

hier: Festsetzung des Kaufpreises

I/743

TOP 9

2109/11

Bericht Zinsmanagement 2010

I/744

Mitteilungsvorlage

A b w i c k l u n g der Tagesordnung:

TOP 1

Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen

- Personal- und Fehlzeitenbericht 2008/2009

Aufgrund der Bitte von Stv. Wagner, gab OB Dette bezüglich des Berichtes einen Vermerk des Personal- und Organisationsamtes zu Protokoll.

- Plakatwand Garbenheim

Wegen der Nachfrage von Stve. Droß teilte OB D e t t e mit, dass nach Angabe von Herrn Velte (Leiter des Stadtbetriebsamtes) eine Aufstellung der Plakatwand Anfang nächster Woche vorgesehen sei.

- Verfügbare Bauplätze

In Beantwortung der Frage von Stv. Wagner führte OB D e t t e aus, in Blasbach und Dutenhofen seien Bauplätze vorhanden. Ebenso stünden 3 Bauplätze von der WWG im Westend sowie mit Erschließung des Gebietes Rückersboden in Steindorf weitere 15 Plätze zur Verfügung. Darüber hinaus seien über die WWG 12 weitere Bauplätze im Westend geplant.

- Grundstücksproblematik Fahrradweg Garbenheim-Wetzlar

Eingehend auf die Erkundigung von Stve. Droß konstatierte OB D e t t e, die Fläche unterhalb der Eisenbahnunterführung sei Eigentum der Bahn AG. Eine weitere potenzielle Fläche befinde sich aber bereits im Eigentum der Stadt. Wie sich die Bahn zu diesem Eigentumsverhältnis stelle, interessierte Stve. D r o ß zu erfahren. Prinzipiell sei die Bahn verkaufsbereit, berichtete OB D e t t e. Es dauere bahnintern jedoch sehr lange bis grünes Licht gegeben werde.

- Demografiekonzept

Auf Nachfrage von Stv. W a g n e r zum Demografiekonzept, gab OB D e t t e hierzu eine Stellungnahme des Magistratsbüros zu Protokoll.

– Kunstrasenplatz Büblingshausen

Hinsichtlich des Sachstandsinteresses von FrkV Michalek berichtete OB D e t t e, der Förderbetrag für den Bau des Kunstrasenplatzes werde nach Mitteilung des Landes Hessen ähnlich wie der Zuschuss zur Sanierung des Kunstrasenplatzes Klosterwald ausfallen.

– Optik-Parcours

OB D e t t e ging auf die Frage von Stv. Hedderich bezüglich möglicher Schäden an der Wasserorgel ein. Die Angelegenheit konnte bisher nicht abschließend geklärt werden. Ein weiterer Tauchgang solle demnächst erfolgen. Momentan gebe es daher keinen neuen Sachstand.

– Tätigkeit von StR Beck bei der Buderus Immobilien GmbH

OB D e t t e nahm Bezug auf die Fragestellung von FrkV Michalek im Bauausschuss, ob der Stadt bekannt sei, dass der ehemalige StR Beck als Projektentwickler für die Buderus Immobilien GmbH tätig sei. Man habe den Sachverhalt recherchiert und festgestellt, dass bei der Buderus Immobilien GmbH kein Schriftverkehr über eine Tätigkeit von Herrn Beck vorliege. Grundsätzlich habe der Magistrat großes Interesse daran, den Anschein zu vermeiden, ein nachfolgender Interessenkonflikt könne vorliegen. Er habe verfügt, dass ein solcher Interessenkonflikt vermieden werde, bekräftigte OB D e t t e.

– Bauvorhaben Deutschherrenberg

Gegen das Bauvorhaben habe ein Nachbar, Herr Dr. Becker, Einwände erhoben, konstatierte OB D e t t e. Vor Juni diesen Jahres werde keine Baugenehmigung erfolgen. Dies sei Herrn Dr. Becker in einem Schreiben mitgeteilt worden. FrkV M i c h a l e k führte hierzu aus, dass nicht nur Herr Dr. Becker sondern auch weitere Personen sich auf eine Aussage von StR Beck berufen, wonach für das Baugebiet Deutschherrenberg lediglich Ein- oder Zweifamilienhäuser vorgesehen seien. Nach deren Angabe habe StR Beck bei der Vorstellung des Baugebietes Lahnberg diese Zusage getroffen.

– HeidelbergCement

StR Semler und er haben einen Gesprächstermin in Heidelberg bezüglich des nicht mehr genutzten Zementwerks vereinbart, informierte OB D e t t e. Man erhoffe sich Aufklärung über weitere Planungsmöglichkeiten hinsichtlich des Standortes. Laut der Presse wolle HeidelbergCement nicht an Konkurrenten verkaufen. Ob es hier einen neuen Sachstand gebe, interessierte FrkV M i c h a l e k zu erfahren. Dies sei der aktuelle Sachstand, antwortete OB D e t t e. Stv. S c h ä f e r teilte mit, dass bereits die Fertigungsanlage demontiert und das Förderband abgebaut sei.

Anfragen

– Kartellverfahren bezüglich Fahrzeugbeschaffung

Stv. K l e b e r nahm Bezug auf den Bericht der Wetzlarer Neuen Zeitung, wonach das

Kartellamt wegen der Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen tätig sei und bat um Auskunft, ob damit eventuell finanzielle Auswirkungen für die Stadt Wetzlar verbunden seien.

OB D e t t e teilte hierzu mit, man müsse erst seitens des Ordnungsamtes feststellen lassen, wie viele Fahrzeuge in diesem Zusammenhang erworben wurden. Die Möglichkeit einer Sammelklage werde derzeit durch den Hessischen Städtetag geprüft.

– Amt für Umwelt- und Naturschutz, Amtsleitung

Stv. D r o ß fragte an, ob es bezüglich der Stellenbesetzung für die Leitung des Amtes für Umwelt- und Naturschutz einen neuen Sachstand gebe. Es solle noch einmal neu ausgeschrieben werden, berichtete OB D e t t e. Der Personalrat sehe dies ebenfalls als sinnvoll an. Man wolle die bisherigen Bewerber ansprechen, ob die jeweilige Bewerbung aufrecht gehalten werde. Ein Vorliegen der Ausschreibung zum übernächsten Wochenende sei das Ziel, erklärte StR S e m l e r.

TOP 2

2075/11

Haushaltssicherungskonzept 2011 der Stadt Wetzlar

OB D e t t e erklärte, es handele sich um eine Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010, welches von der Aufsichtsbehörde als ausreichend erachtet worden sei. Zum Teil seien die im Haushaltssicherungskonzept 2010 aufgeführten Maßnahmen schon im Haushaltsplan 2011 umgesetzt worden. Stv. K l e b e r wies darauf hin, dass die Beratung noch anstehe und nahm Bezug auf die Seite 6 und zwar im Hinblick auf die Stellenbesetzungssperre sowie auf das Zinsmanagement. Hinsichtlich der Stellenbesetzungssperre informierte OB D e t t e darüber, bei der Aufhebung der Stellenbesetzungssperren durch den Magistrat seien die Kriterien verschärft worden.

Ferner interessierte Stv. K l e b e r zu erfahren, warum die auf Seite 12 gemachte Aussage, dass die Aufwendungen für freiwillige Leistungen um rund 154.000 € gegenüber dem Vorjahr reduziert werden sollen. Er bat um eine Auflistung der freiwilligen Leistungen. OB D e t t e sagte die Aufstellung zu.

Stv. K l e b e r bat um Auskunft, was es mit der auf Seite 11 angesprochenen interkommunalen Kooperation auf sich habe. OB D e t t e führte dazu aus, dies sei in vielen Bereichen zu prüfen, beispielsweise bei der Feuerwehr, wo eine Kooperationsverbindung mit Marburg bestehe. Zum Gesamtkomplex sagte er einen Bericht zu.

Stv. W a g n e r sprach die auf Seite 8 aufgeführten Zielvereinbarungen an und fragte nach dem Sachstand hinsichtlich der Jahresziele 2011. Außerdem sei er der Auffassung, dass das Produktbuch nochmals zu diskutieren sei. Ferner fände er es positiv, wenn dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss die Vorschläge zur Produktkritik zur Kenntnis gegeben werden. OB D e t t e äußerte sich dahingehend, dass innerhalb der Produkte geprüft werde, inwieweit es Einsparpotenziale gebe. Er gehe hier auf das Beispiel der Poststelle ein, wo durch Prüfungen und Vorabsortierungen jährlich ca. 12.000 € eingespart werden. Eine entsprechende Information gebe er in der nächsten Sitzung. Zur Produktbuchdiskussion vertrete er die Auffassung, dass diese Prüfung losgelöst von der Haushaltsplanaufstellung stattfinden solle.

FrkV M i c h a l e k erinnerte an die Zurverfügungstellung des Kontenrahmens für jede Fraktion. OB D e t t e sagte dies zu.

FrkV M i c h a l e k möchte den Sachstand, wegen der auf Seite 10 gemachten Aussage, Umwandlung des Amtes -68- in einen Eigenbetrieb, wissen. OB D e t t e und StR S e m l e r erklärten hierzu, diese Angelegenheit stehe auf der Agenda, eventuell seien Einzelbereiche, zum Beispiel das Krematorium, zwecks Ausgliederung aus dem Regiebetrieb zu prüfen. In diesem Zusammenhang machte OB D e t t e darauf aufmerksam, dass hier auch die Vermögensabgänge und die Neuordnung von Schulden in der Bilanz der Stadt ihren Niederschlag fänden.

Nochmals auf die Zielvereinbarungen eingehend fragte Stv. K l e b e r an, ob diese für das Jahr 2011 schon beschlossen worden seien. OB D e t t e klärte auf, man müsse das erste Quartal abwarten, da Rückläufe über Vereinbarungen mit Änderungen bzw. die Neuvereinbarungen erst ab dem zweiten Quartal gefasst werden.

Hinsichtlich des Eigenbetriebes -68- interessierte Stv. K l e b e r zu erfahren, ob man sich der Überlegung nähere, gegebenenfalls auch Amt -70- mit einzubeziehen. Man müsse schauen, wo sich Synergieeffekte anbieten, konstatierte StR S e m l e r.

Stv. K l e b e r und FrkV M i c h a l e k teilten mit, dass sich ihre Fraktionen bei dieser Abstimmung enthalten werden.

Abstimmung: 4.0.5.

TOP 3

2114/11

Förderung des Hospizes

Zu diesem Antrag vermisste FrkV L e f è v r e tiefergehende Informationen. Stv. W a g n e r berichtete, die Angelegenheit sei schon im Ältestenrat thematisiert worden. Ziel sei das Haus zu erwerben, dazu seien auch Spenden von anderen Kommunen eingegangen, auch habe sich der Förderkreis sehr stark engagiert. Wetzlar als Standortkommune sollte sich beteiligen, was auch als Signalwirkung zu verstehen sei. Nachdem der Förderkreis sich mit einem Darlehen von 125.000 € engagiert habe, seien nach seiner Überzeugung 10.000 € eine gute Hilfe.

Stv. M e i ß n e r erachtete die Tätigkeit des Hospizes als immens wichtig. Fakt sei, dass Mittel in nennenswertem Umfang fehlen. Ob 10.000 € seitens der Stadt ein nennenswerter Umfang sei, vermöge er nicht zu beurteilen, deshalb möge der Magistrat den Bedarf prüfen. Im Sozialausschuss sei wegen fehlender Zahlen nicht abgestimmt worden. Die Angelegenheit müsse noch in der Fraktion beraten werden, er werde sich der Stimme enthalten, gab Stv. H e d d e r i c h zur Kenntnis. FrkV M i c h a l e k teilte die Auffassung von Stv. Hedderich. Er möchte in dieser Angelegenheit noch gerne Informationen vom Magistrat erhalten. OB D e t t e merkte an, nach ihm bekannten Informationen betrage der Kaufpreis 725.000 €, die jährliche Mietzahlung in Höhe von 30.000 € werde beim Kauf eingespart. Zur Restfinanzierung sei ein Darlehen von 125.000 € erforderlich. Bei der heutigen Pressekonferenz habe er den letzten Sachstand erfragen wollen, jedoch sei kein Vertreter des Fördervereins erschienen. Er könne aber jetzt schon

mitteilen, dass im April 2011 ein Benefizkonzert zu Gunsten des Hospizes stattfinden werde.

Abstimmung: 4.0.6.

TOP 4

1937/10

Sanierung Kalsmunt-Turm

OB D e t t e berichtete, im Kulturausschuss sei aufgrund einer Änderungsempfehlung Ziffer 1 b beschlossen worden. Im Bauausschuss habe man als Änderung eine Ziffer 4 hinzugefügt, dass vor Ausführung der Maßnahme der Stadtverordnetenversammlung ein Gestaltungskonzept für die Turmbedachung zur Beschlussfassung vorzulegen sei. AV H e y e r stellte fest, dass nunmehr die Änderungsempfehlung des Kulturausschusses mit Ergänzung des Bauausschusses zur Abstimmung vorgelegt werde.

Für Stv. W a g n e r war es unverständlich, warum der Sperrvermerk aufgehoben werden solle. Es sei denn, man benötige Gelder für Planungskosten. Er weise darauf hin, dass der Haushalt noch nicht genehmigt sei und folglich überplanmäßige Ausgaben genehmigt werden müssen. OB D e t t e betonte, dass er von einer Haushaltsgenehmigung im Mai 2011 ausgehe. Dann könne man frühzeitig mit der Maßnahme beginnen. Daher mache auch die Aufhebung des Sperrvermerkes Sinn, weil ansonsten die Aufhebung erst Juni in den Geschäftsgang gehe. Wie bekannt, sei es ein Problem bei Außenbaumaßnahmen, dass man bei spätem Beginn mit schlechten Witterungsbedingungen rechnen müsse.

Abstimmung: 6.0.4.

TOP 5

2099/11

Satzung des Jugendamtes

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 10.0.0.

TOP 6

2069/11

Vergabe von Verkehrsleistungen durch den RMV an die Hessische Landesbahn

Unter Hinweis auf die Stellungnahme des Magistrats und den Sachstandsbericht des RMV, führte OB D e t t e aus, dass man das Interesse des Antragsstellers teile. Man bleibe in dieser Angelegenheit am Ball.

Stv. W a g n e r bat, die Intension sollte durch die Stadtverordneten nochmals bekräftigt werden. Er bitte daher um eine positive Abstimmung. Prinzipiell sei er dafür, könne sich

aber mit einigen Formulierungen nicht einverstanden erklären, deswegen werde er sich der Stimme enthalten, konstatierte FrkV M i c h a l e k. Stv. W a g n e r ging auf Ziffer 1 b des Antrages hinsichtlich der Haltepunkte nochmals detailliert ein. Stv. M ü l l e r widersprach den Ausführungen von Stv. Wagner insofern, weil eine Nichtansteuerung von Haltepunkten nicht möglich sei, da die Bahn verpflichtet sei, auch bei vollen Zügen anzuhalten. In Anbetracht der ihm bekannten Sachlage vertrete er die Auffassung, dass die Bahn ihren Verpflichtungen nachgekommen sei, stellte OB D e t t e fest und führte desweiteren aus, die Bestellung sei vor einem Jahr erfolgt, das vorherige Wagenangebot sei größer gewesen und aus Sicht des RMV überdimensioniert. Die höhere Kapazität erfolgte nicht aufgrund von Wagenbestellungen, sondern aus technischen Gründen im Blick auf den Einsatz von Doppelstockwagen. Bei der Fahrplanumstellung im Dezember für die Strecke Siegen/ Frankfurt am Main, seien witterungsbedingt höhere Fahrgastzahlen der Fall gewesen, deswegen sei ein Wagenpaar nachbestellt worden. Ob man nicht auf vorliegende Zahlen zurückgreifen könne, interessierte Stv. D r o ß zu erfahren. Hierzu stellte OB D e t t e fest, dass die Bestellung des RMV gegenüber der Hessischen Landesbahn auf Zahlen des RMV beruhe.

Abstimmung: 4.5.1.

TOP 7

2082/11

Informationssystem für den Linienverkehr der Wetzlarer Verkehrsbetriebe

AV H e y e r machte auf die Änderungsempfehlung des Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschusses aufmerksam.

Abstimmung mit Änderung: 10.0.0.

TOP 8

2116/11

Baugebiet "Rückersbodenseit II" in Wetzlar-Steindorf hier: Festsetzung des Kaufpreises

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 10.0.0.

TOP 9

2109/11

Bericht Zinsmanagement 2010

Frkv M i c h a l e k stellte klar, dass er einen solchen Bericht in dieser Form zukünftig nicht mehr akzeptieren werde. Es gebe keine Informationen über Risiken und es sei nicht zu entnehmen, was das Zinsmanagement für die Stadt gebracht habe. Er signalisiere hiermit, falls er für die nächste Wahlperiode gewählt werde, dass er den Antrag stelle, das Zinsmanagement in dieser Form zu streichen. Er möchte konkret wissen, was dem finan-

ziellen Aufwand an die Bank in Höhe von 11.000 € gegenüber stehe, ob es sich rechne. Dies gehe aus diesem Bericht und dem letzten Bericht nicht hervor. Er bezeichne Derivate als Zinswetten. Nach Ansicht von OB D e t t e bestehen hier Informationslücken, weil unter den Begriff Derivate unterschiedliche Finanzprodukte fallen, zum Beispiel auch Versicherungsgeschäfte und deren Absicherung. Eingehend auf die Zinsmeinung erläuterte nunmehr OB D e t t e das Vorgehen der Stadt Wetzlar, wo man nur für Beratungsleistungen bezahlt habe. Die Beratung sei davon unabhängig, mit wem man Verträge abgeschlossen habe. Eine Rechnung wie gewünscht, könne immer nur eine fiktive Rechnung darstellen. Wetten seien auf andere Finanzprodukte vorgenommen worden, Wetzlar habe dies nie getätigt. Bei einer Prolongation habe man immer ein Zinsrisiko. Zur Information möchte er gerne einen Beitrag zu diesem Bereich aus der Zeitschrift „Der neue Kämmerer“ zur Kenntnis geben.

Auf Seite 4 Absatz 3, Organisation und Überwachung der Geschäfte, Begrenzung der Geschäftsrisiken, eingehend, bemängelte FrkV M i c h a l e k, dass die Risiken nicht benannt werden und wie sie begrenzt werden können. OB D e t t e sagte zu schriftlich darzulegen, worüber er soeben mündlich berichtet habe.

Stv. K l e b e r erinnerte daran, dass er zu Tagesordnungspunkt 2, Haushaltssicherungskonzept, die Frage gestellt habe, was das Zinsmanagement erbracht habe. Dazu möge OB Dette berichten und die entsprechenden Erträge darstellen. Hierzu erläuterte Frau S i m o n die Verzinsung der Darlehen. Stv. W a g n e r merkte an, er teile nicht die Auffassung von FrkV Michalek. Den Fragen von FrkV Michalek solle jedoch nachgegangen werden.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.